



Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz
Postfach 3280 | 55022 Mainz

Herrn Präsidenten
des Landtags
Rheinland-Pfalz
55022 Mainz



DER MINISTER

Schillerplatz 3-5
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0.
Telefax 06131 16-3595
Poststelle@mdi.rlp.de
www.mdi.rlp.de

09. Mai 2018

Mein Aktenzeichen
L367-010-S-100008-
0000- /2018
Bitte immer angeben!

Ihr Schreiben vom

Ansprechpartner/-in / E-Mail
Philipp Staudinger
Philipp.Staudinger@mdi.rlp.de

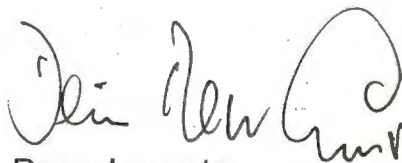
Telefon / Fax
06131 16-3432
06131 16-173432

Sitzung des Innenausschusses am 18. April 2018
TOP 13: Sprengstoff bei Bündnis für Zivilcourage und Menschenrechte gefun-
den - Antifa in Rheinland-Pfalz -
Antrag der Fraktion der AfD nach §76 Abs. 2 GOLT
- Vorlage 17/2872 -

Sehr geehrter Herr Präsident, *liebe Herrschel,*

in der Sitzung des Innenausschusses am 18. April 2018 wurde zu TOP 13 die Über-
sendung des Sprechvermerks zugesagt. Ich bitte Sie, den beigefügten Sprechvermerk
den Mitgliedern des Ausschusses zu übermitteln.

Mit freundlichen Grüßen


Roger Lewentz

1/4

Kernarbeitszeiten
09.00-12.00 Uhr
14.00-15.00 Uhr
Freitag 09.00-12.00 Uhr

Verkehrsanbindung
ab Mainz Hauptbahnhof
Straßenbahnlinien
Richtung Hechtsheim 50,52,53

Parkmöglichkeiten
Parkhaus Schillerplatz,
für behinderte Menschen
Hofeinfahrt Mdl, Am Acker





Sitzung des Innenausschusses am 18. April 2018

TOP 13: Sprengstoff bei Bündnis für Zivilcourage und Menschenrechte gefunden - Antifa in Rheinland-Pfalz -

Antrag der Fraktion der AfD nach §76 Abs. 2 GOLT
Vorlage 17/2872

Sprengstofffund in Thüringen

Nach einer Pressemeldung des Landeskriminalamtes Thüringen führte ein Zeugenhinweis am Montag, 5. März 2018, zur Einleitung eines Ermittlungsverfahrens wegen des Verdachts der Vorbereitung eines Explosions- oder Strahlungsverbrechens gemäß § 310 StGB gegen zwei namentlich bekannte Personen aus Thüringen. In diesem Verfahren erwirkte die Staatsanwaltschaft Gera beim zuständigen Amtsgericht mehrere Durchsuchungsbeschlüsse.

Bei Hausdurchsuchungen am 13. März 2018 wurden in insgesamt vier Objekten im Raum Rudolstadt eine Vielzahl von zur Herstellung von Sprengstoffen geeigneten Gegenständen aufgefunden und sichergestellt. Die polizeilichen Ermittlungen befinden sich erst am Anfang. Angesichts dieses laufenden strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens können derzeit aus strafprozessualen Gründen keine weiteren Details mitgeteilt werden.

Auch ist noch ungeklärt, ob bei der Straftat eine politische Motivation vorlag und die beiden Tatverdächtigen einer linksextremistisch gewaltorientierten Antifa Gruppe zugerechnet werden können.

"Antifa" in Rheinland-Pfalz

In Rheinland-Pfalz werden der linksextremistischen Szene seit Jahren insgesamt ca. 500 Personen zugerechnet, davon sind etwa 100 Personen als gewaltorientiert einzustufen.

Neben den aktiven autonomen Gruppierungen existieren mehrere „Antifa“-Gruppen, die zum großen Teil nur über das Internet agieren. Deren geschätzte Mitgliederstärken liegen jeweils im einstelligen Bereich. "Antifa"-Gruppierungen sind regelmäßig von einer hohen personellen Fluktuation geprägt und sehr heterogen. Den



Sicherheitsbehörden in Rheinland-Pfalz sind diverse Internetseiten mit überwiegend antifaschistischem, mutmaßlich linksextremistischem Hintergrund bekannt. Diese werden meist anonym betrieben, Erkenntnisse zu den Betreibern bestehen zumeist nicht. Eine Auswertung der Seiten erfolgt anlassbezogen im Rahmen der gesetzlichen Aufgabenwahrnehmung, seitens der Polizei auch im Hinblick auf eine eventuelle strafrechtliche Verfolgung. Den Sicherheitsbehörden liegen keine Erkenntnisse zu Unterstützern aus dem Kreise rheinland-pfälzischer politischer Parteien für die "Antifa" vor.

Bislang hat sich die linksextremistische gewaltorientierte Szene in Rheinland-Pfalz entgegen dem Bundestrend - verwiesen wird in diesem Zusammenhang auf die Gewaltexzesse bei der Eröffnung der EZB in Frankfurt am Main 2015 und beim G20-Gipfel in Hamburg 2017 - eher unauffällig verhalten. Sie handelt mit geringem Wirkungsgrad, hauptsächlich anlassbezogen und reaktiv. Im Bereich der politisch motivierten Kriminalität (PMK) - Links gab es in den letzten drei Jahren in Bezug auf die verübten Straftaten nur geringfügige Abweichungen. In der Statistik wurden für die Jahre 2015: 73, 2016: 79 und 2017: 69 Straftaten ausgewiesen. Im gleichen Zeitraum war bei den ausgewiesenen Gewaltdelikten ein deutlicher Rückgang zu konstatieren; diese reduzierten sich von 16 (2015) über 8 (2016) auf nur noch 4 im Jahr 2017.

Rheinland-Pfälzische Linksextremisten - darunter zahlreiche Autonome und "Antifa"-Gruppen - beteiligten sich vor allem an bürgerlichen Protesten gegen Versammlungen rechtsextremistischer oder rechtspopulistischer Parteien/ Gruppierungen. Dabei wurden sie mehrfach durch gewaltorientierte Szeneangehörige aus angrenzenden Bundesländern bei der Durchführung von Stör- und Blockadeaktionen unterstützt. So geschehen auch am 24.03.2018 in Kandel, wo es zu mehreren gewalttätigen Angriffen des linksextremistischen "Antifa"-Spektrums gegenüber den eingesetzten Polizeikräften kam. Zirka 250 Aktivisten versuchten Polizeisperren zu durchbrechen und bewarfen zum Teil vermunnt aus der Gruppe heraus die Einsatzkräfte mit Böllern und Knallkörpern. Die von einer Sonderkommission des Polizeipräsidiums Rheinpfalz in Ludwigshafen geführten polizeilichen Ermittlungen diesbezüglich dauern noch an. Gleichwohl lässt sich schon jetzt konstatieren, dass



es sich beim Großteil der gewalttätigen Linksextremisten nicht um rheinland-pfälzische sondern in erster Linie um Aktivisten aus Baden-Württemberg handelte; von denen ca. 200 nach Kandel angereist waren.

Die Gewalttaten von Kandel sind unabhängig davon, aus welchem politischen Spektrum sie kamen und aus welchem Grunde heraus sie begangen wurden auf das Schärfste zu verurteilen. Gewalt ist und darf kein Mittel der politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzung sein.